



Freitag, 14. November 2025, 13:00 Uhr ~6 Minuten Lesezeit

Grüne Moral-Munition

Eine einst pazifistische Partei probt die olivgrüne Zeitenwende — selbst die scheinbar sakrosankten Klimaziele müssen hinter der Aufrüstungswut zurückstehen.

von Ilia Ryvkin Foto: Guy J. Sagi/Shutterstock.com

Friedliebende Softies mit sanfter Stimme, die mit langen Haaren und in Birkenstock-Sandalen daherkommen. Dieses Klischee über die grünalternative Szene sitzt tief. Abgesehen vom Haarschnitt Anton Hofreiters gehört es jedoch der Vergangenheit an. Die Ex-Pazifisten sind stramm auf Kriegskurs und scheinen mit Union und SPD in einen militärpolitischen Überbietungswettbewerb eingetreten zu sein. So hat die Angst vor Russland den Umweltschutz als Hauptmerkmal der einstigen Partei Petra Kellys offenbar abgelöst. Nicht einmal der extreme Materialverbrauch und die durch Militärübungen verursachten Umweltschäden – zu schweigen von einem wirklichen Kriegsfall – können den grünen Marsch in die Kriegswirtschaft stoppen. Statt den ganz großen Verschmutzern und Verschwendern in der Rüstungsindustrie in den Arm zu fallen, verlegen sich Grünen-Politiker darauf, uns Bürger mit kleinlichen Energiespar-Tipps zu gängeln. Während Milliarden an Steuergeldern in die Rüstung fließen, steigt das Armutsrisiko für die meisten von uns. Schon Ex-Außenministerin Annalena Baerbock war es ja "egal, was meine deutschen Wähler denken".

Luxusgut Strom

Die Stromrechnung liegt auf dem Küchentisch. 1.589 Euro. Für ein

Jahr, in dem man schon im Februar begann, das Licht früher auszumachen. 4.000 Kilowattstunden — so viel wie immer, aber teurer denn je. Nicht alle in Europa leben noch allein. Der Familienvater scrollt auf dem Handy durch Vergleichsportale; insgeheim hätte er lieber gar nicht gewusst, wie es nächstes Jahr aussieht. Jahrespreise sind mittlerweile ein Drittel höher als noch vor drei Jahren.

Draußen drehen sich Windräder, in der Werbung verspricht man "nachhaltige Energie". Drinnen sitzen Menschen, die anfangen, an der Steckdose zu sparen — nicht fürs Klima, sondern um durch den Monat zu kommen.

Luxusgut Wärme

Die Heizung bleibt kalt bis November. Der Kachelofen ist alt, die Gastherme darf bald nicht mehr betrieben werden. 25.000 Euro würde der Einbau einer Wärmepumpe kosten, sagt der Installateur. Fördermittel gäbe es, aber die muss man vorfinanzieren. "Wie denn?", fragt der Hausbesitzer — und die Frage bleibt in der kalten Luft hängen.

Abends sitzen sie in Pullovern am Küchentisch, reden über Kredite, über Altersvorsorge, über den nächsten Winter. Auf den Plakaten in der Stadt steht: *Klimaneutral bis* 2040. Hier, im Reihenhaus, denkt man in anderen Fristen — bis zur nächsten Rechnung, bis die Rente kommt, bis die alte Heizung den Geist aufgibt.

Mobilität

Der Diesel steht vor der Tür, treu, zwölf Jahre alt. Euro 5, zu alt für manche Innenstadt. Die Tochter studiert in der Stadt, doch der Vater darf sie dort nicht mehr abholen. Bus und Bahn fahren selten, und das Auto ist zu teuer im Unterhalt. 1,90 Euro pro Liter, CO₂-Zuschlag inklusive. Ein neues Auto? 36.000 Euro. Keine Option.

Also plant man Umwege, fährt früher los, bleibt öfter daheim.

Mobilität war einmal Selbstverständlichkeit, heute ist sie ein kompliziertes Rechenexempel. Die Straße, auf

der man früher Freiheit spürte, ist jetzt ein Ort, an dem man sich fragt, ob man noch dazugehört.

Land ohne Bauern

Die Milch ist teurer geworden, das Brot auch. Im Supermarkt hängt ein Schild: Wir zahlen faire Preise. Der Bauer im Nachbardorf hat seinen Hof aufgegeben — nach drei Generationen. Neue Umweltauflagen, zu viel Papier, zu wenig Gewinn.

Auf dem Wochenmarkt sagt eine Frau, sie kaufe jetzt wieder regional. Aber regional gibt es bald nichts mehr. Die Wiesen sind leerer, die Ställe still. Deutschland wird grün — auf dem Papier. Auf den Feldern wächst das Unkraut, das zwischen den Paragrafen durchkommt.

Die grüne Wende – vom Heil zum Hebel der Macht

Noch vor Kurzem hatte die grüne Agenda in Deutschland große Teile der Bevölkerung mit der Idee begeistert, die Menschheit vor einer Klimakatastrophe zu retten — durch einen qualitativen Wandel der Wirtschaft hin zu geringerem Energieverbrauch und ein höheres Bewusstsein der Menschen. Alles im Namen einer drastischen Reduzierung der CO₂-Emissionen und anderer schädlicher Elemente aus Mendelejews Periodensystem.

Zu diesem Zweck traf das politisch herrschende Establishment im breiten Konsens eine Reihe von Entscheidungen, die tiefgreifende Auswirkungen hatten — auf die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt, das Leben jedes Einzelnen. Diesel-Restriktionen, Heizungsgesetze, Bauernauflagen — die Mission, die Menschheit zu retten, wurde von den einen als Gebot, von den anderen als kolossaler Irrtum verstanden.

Sogar Bill Gates, einst Softwaremogul, heute Chefplaner des Weltklimas, diktiert nun selbst die neuen Parolen aus dem globalen Befehlsbüro. Der Wind änderte sich, die Windanlagen bleiben — aber die Prioritäten drehen sich. Nicht mehr nur CO₂-Senken, nicht mehr primär Klima-Alarm, sondern: Krankheiten heilen, Armut bekämpfen, Menschliches vor Wetterchaos. Wer hätte gedacht, dass der Retter der Erde plötzlich sagt: "Ich lasse die Temperatur gern um 0,1 °C höher steigen, wenn dafür Malaria eliminiert wird."

Die Zeitenwende der Grünen

Heute kippt diese einst mächtige Bewegung — aber nicht etwa zurück in die alte Stabilität, die man wenigstens noch verstanden hätte. Stattdessen schlägt sie in eine neue Richtung aus:

Unter dem Vorwand der "Zeitenwende" wird die grüne Moral in Stahl und Munition gegossen. Hinter den scheinbaren Paradoxien steht kein Chaos, sondern Kalkül — die gezielte Militarisierung der Wirtschaft.

Im Juli 2025 fiel die letzte Maske der grünen Moralpolitik. Unter dem Banner der "Zeitenwende" beschloss die Bundesregierung das sogenannte Beschaffungsbeschleunigungsgesetz — ein bürokratischer Name für das, was in Wahrheit die Rückkehr der Kriegswirtschaft bedeutet. Direktvergaben bis 100.000 Euro, keine europaweiten Ausschreibungen mehr, Verzicht auf Umweltstandards, wenn's "dringlich" ist — und wann ist es das nicht?

Der militärisch-industrielle Komplex bekommt freie Bahn, während die Bevölkerung weiter mit CO₂-Geboten und Heizvorschriften

gegängelt wird. Diesel darf man nicht mehr fahren, aber Drohnen darf man jetzt schneller bauen. Offiziell geht es um "Effizienz" und "Sicherheit" — tatsächlich aber wird hier ein neuer Industriezweig geschaffen, in dem Aufrüstung und Profit Hand in Hand gehen. Der Wind hat sich gedreht: Wo früher Windräder standen, werden jetzt Rüstungsfabriken hochgezogen – mit grüner Absolution von oben.

Die Tarnfarbe der Verantwortung

Als Friedrich Merz den riskanten Schritt wagte, die Schuldenbremse im Bundestag zu umgehen, brauchte er dafür die Stimmen der Grünen — und bekam sie, zum Preis einer faustdicken Ironie.

Ausgerechnet die Partei, die jahrzehntelang gegen Aufrüstung kämpfte, darf nun die Kontrolle über Infrastrukturinvestitionen übernehmen – selbstverständlich unter "ökologischen Gesichtspunkten".

Doch während Wärmepumpen und Windräder noch auf Fördergelder warten, laufen in den Rüstungswerken die Öfen heiß. CO₂-Ausstoß? Egal — Hauptsache, Panzer rollen. Die Dekarbonisierung endet dort, wo die Mobilmachung beginnt.

Was als "grüne Verantwortung" verkauft wird, ist längst zur Tarnfarbe geworden: grün übermalt grau. Milliarden fließen nicht mehr in Solarfelder, sondern in Drohnenfabriken. Der Haushalt für erneuerbare Energien schrumpft im Schatten des Verteidigungsetats.

Der neue Gesellschaftsvertrag lautet: weniger Strom, weniger Wärme – dafür mehr Waffen.

Während die Wirtschaft im zivilen Bereich stottert, ganze Mittelstandsbranchen um ihre Existenz kämpfen und die Städte unter wachsender Unsicherheit leiden, läuft das große Projekt der inneren Militarisierung an. Unter dem Schlagwort der "Vorbereitung auf den Konflikt mit Russland" wird das Land auf Kurs gebracht — wirtschaftlich, politisch, mental. Das Ergebnis: Die einen rüsten, die anderen frieren. Und wer diese Schieflage laut benennt, landet nicht in der Talkshow, sondern bei der AfD in den Umfragen.

Die Grünen als neue Militaristen

Apropos Umfragen: Nach den neuesten Werten sind es ausgerechnet die Grünen-Anhänger, die heute als lauteste Befürworter von Waffenlieferungen und militärischer Härte gelten. Laut einer INSA-Erhebung vom August 2025 (NIUS) sprechen sich die Wähler der Ökopartei mit der höchsten Zustimmung für eine kompromisslose Unterstützung der Ukraine und eine Ausweitung deutscher Rüstungshilfen aus — härter als FDP-, SPD- oder gar CDU-Wähler.

Dieselben Befragten allerdings zeigen laut einer n-tv-Umfrage die geringste Bereitschaft, selbst für ihr Land zu kämpfen. Die Schwarzerde in den Donbass-Waldstreifen soll offenbar mit dem Blut derer gedüngt werden, die nie gefragt wurden — der zwangsmobilisierte Mykola, dem man im Namen der Weltregenbogendemokratie das elementarste Menschenrecht abspricht: das auf Leben.

Ein Widerspruch, der perfekt in die neue Logik der "grünen Zeitenwende" passt: Krieg ja, aber bitte klimaneutral und auf Distanz. So wird das pazifistische Gewissen bewahrt, während die Fabriken im Namen der Moral heißlaufen.

Der alte Militarismus kam in Stiefeln – der neue trägt Birkenstock.



Ilia Ryvkin, Jahrgang 1974, wurde in Russland geboren, lebt in Berlin und ist ein vielseitiger Künstler, der zahlreiche Auszeichnungen und Stipendien erhielt. Er ist Chefredakteur des Nachrichtenportals anachrichten.de und Korrespondent für Osteuropa und Zentralasien bei der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand. Seine lyrischen Texte erschienen in literarischen Sammlungen und Anthologien. 2015 organisierte er im Rahmen seines Projekts "Kunst schafft Verständigung" eine Ausstellung deutscher und ukrainischer Künstlerinnen im Museum für zeitgenössische Kunst in Odessa. Im September 2023 erschien sein erster deutschsprachiger Prosaband "Russendämmerung".